

Der Frieden kostet Jobs

Die Rüstungsindustrie steckt in der Krise: Der Verteidigungsetat schrumpft, neue Aufträge fehlen, Zehntausende von Arbeitsplätzen sind in Gefahr. Die Betriebe müs-

sen ihre Produktion auf zivile Güter umstellen. Bisher haben das nur wenige geschafft. An Ideen fehlt es nicht, doch die meisten Märkte sind längst besetzt.

Der Betrieb in Eiweiler war über viele Jahre gut ausgelastet. Die Telefunken Systemtechnik produzierte hier mit 650 Beschäftigten Funk- und Peilgeräte für die Bundeswehr, auf den staatlichen Auftraggeber war Verlaß.

Doch die Zeiten haben sich geändert. Die Bundeswehr kauft nicht mehr soviel Gerät wie bisher, der kleine Betrieb im Saarland, der inzwischen zur Deutschen Aerospace gehört, hat zukünftig nichts mehr zu tun.

So wie dem saarländischen Betrieb geht es auch anderen Unternehmen, die von der Rüstung abhängig sind. Das Ende des Kalten Krieges und die Kürzungen in den Verteidigungsetats schlagen nun auch auf die wehrtechnischen Betriebe durch. Die schöne Friedensdividende kostet erstmal einige tausend Jobs.

Die Rüstungsindustrie, schreibt die Bonner Informationsstelle Wissenschaft und Frieden, stehe vor der „bisher wohl einschneidendsten Umstrukturierung“. „Massenentlassungen und Betriebsschließungen“ sieht die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) auf „Zehntausende von Beschäftigten“ zurollen, „wenn keine Gegensteuerung erfolgt“.

Politiker, Gewerkschafter und Wissenschaftler fordern einmütig, die Produktion von Rüstungsgütern durch zivile Produkte zu ersetzen. Doch die Konversion, wie der Fachausdruck für die biblische Parole „Schwerter zu Pflugscharen“ lautet, gelang bisher selten.

Das „große Sterben“ (DAG) hat begonnen. Der Düsseldorfer Waffenhersteller Rheinmetall, bei dem die Produktion von Kanonen, Panzertürmen und Munition etwa 30 Prozent des Umsatzes

ausmacht, hat bis 1993 den Abbau von mehr als 1000 Arbeitsplätzen angekündigt. Die Rüstungsproduktion in Düsseldorf soll eingestellt werden.

Die Waffenfabrik Heckler & Koch in der Schwarzwaldstadt Oberndorf streicht knapp ein Viertel der 2000 Stellen. Der einst profitable Betrieb war Ende 1990 so klamm, daß die Mitarbeiter ihr Gehalt erst mit zwei-



Heckler & Koch-Gewehr G 11: Auftrag storniert

wöchiger Verspätung auf dem Konto sahen.

Die traditionsreiche Gewehrfabrik kam in Schwierigkeiten, weil das Bonner Verteidigungsministerium Knall auf Fall einen 60-Millionen-Mark-Auftrag storniert hatte. Noch im April 1990 war der Kauf des von Heckler & Koch entwickelten Supergewehrs G 11 laut „Haushaltsanmerkungen“ eingeplant. Doch schon im Mai stand die „präziseste Tötungsmaschine der Welt“ (*The Times*) auf einer Liste von „Vorhaben, auf die verzichtet werden könnte“.

Deutschlands mit Abstand größter Rüstungskonzern, die zu Daimler-Benz

* Mitarbeiter der Telefunken Systemtechnik am 8. April.

gehörende Deutsche Aerospace (Dasa), wird in diesem Jahr insgesamt 1000 Arbeitsplätze in der Wehrtechnik abbauen. Sollte der umstrittene Jäger 90 nicht gebaut werden, müssen bei der Aerospace bis zu 7000 Beschäftigte um ihren Arbeitsplatz bangen.

Die Flaute in der Rüstungsindustrie trifft einige Regionen besonders heftig. Von den 9000 Beschäftigten rund um Oberndorf etwa hat jeder dritte einen Arbeitsplatz in der Waffenbranche. In der Region München, wo außer MBB auch die Panzerfabrik Krauss-Maffei und der Triebwerkhersteller MTU angesiedelt sind, schaffen etwa 25 000 bis 30 000 Menschen in der Rüstungssparte. Dazu kommen bis zu 20 000 Beschäftigte in Zulieferbetrieben.

Verbündete Staaten, die USA, Frankreich oder England, trifft die weltweite Abrüstung noch härter. Bis 1995, schätzt das Stockholmer Friedensforschungsinstitut Sipri, werden al-



Protest gegen Werkschließung*: Die Zei

lein in der europäischen Rüstungsindustrie 500 000 Arbeitsplätze wegfallen.

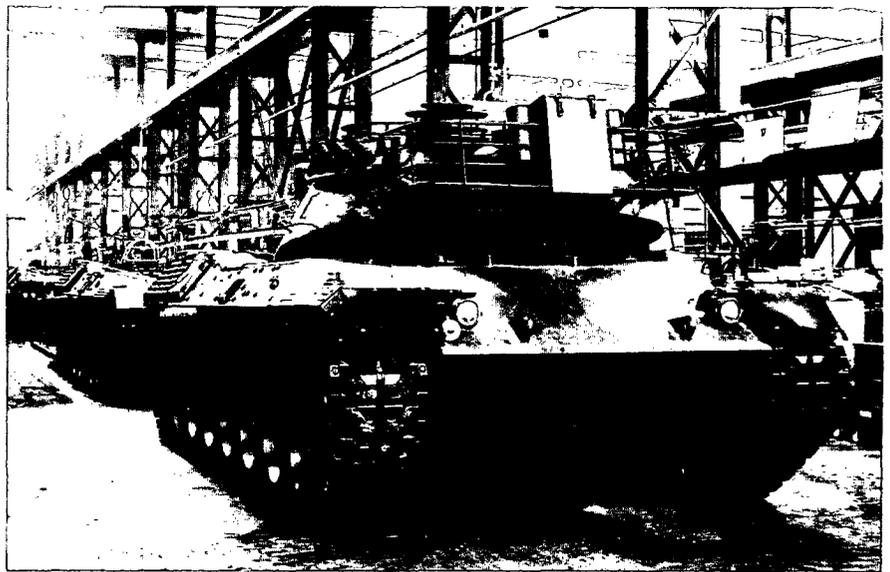
In den USA kann die Flugzeugindustrie nach dem Golfkrieg zwar mit neuen Milliardenprogrammen für den Bau von Kampfflugzeugen rechnen. Doch das Ausmaß früherer Pentagon-Aufträge wird nicht erreicht. Rüstungskonzerne wie McDonnell Douglas, Hughes Aircraft oder Lockheed reagieren mit Massentlassungen.

In vielen US-Firmen hat die Rüstungsproduktion einen Anteil von bis zu 80 Prozent, Kürzungen im Verteidigungsetat wirken sich daher besonders stark aus. In bundesdeutschen Unternehmen hingegen macht die Rüstung in der Regel nicht mehr als die Hälfte des Umsatzes aus.

Innerhalb der gesamten Volkswirtschaft fällt die Rüstungsproduktion noch weniger ins Gewicht. Die etwa 200 000 Menschen, die in dieser Branche tätig sind, erwirtschaften mit einem Umsatz von gut 20 Milliarden Mark einen Anteil von rund einem Prozent am Bruttosozialprodukt.

Das Geschäft mit der Rüstung war stets besonders profitabel. Die Aufträge der Militärs konnten zudem fest eingeplant werden. Konjunkturelle Krisen kannte die Branche nicht.

Doch das ist nun vorbei. Die Politiker wollen die Früchte der Entspannung ernten: Die Truppenstärke der Bundeswehr wird reduziert, die Ausgaben für ihre Bewaffnung sollen sinken. Vor fünf Jahren vergab das Bonner Verteidigungsministerium Aufträge im Wert von 12 Milliarden Mark. 1994, so Finanzminister Theo Waigels Planung, sollen es nur noch 3,5 Milliarden sein.



Panzerbau bei Krauss-Maffei: Einstieg in neue Märkte

Schon in diesem Jahr, heißt es in einer Vorlage des Ministeriums, „muß in laufende Verträge eingegriffen werden“ – statt gut 10 Milliarden dürfen die Militärs nur knapp 9,5 Milliarden für neues Wehrmaterial ausgeben.

Fast täglich telefonieren besorgte Rüstungslobbyisten mit den Planern des Verteidigungsministeriums, um zu erfahren, welche Projekte gestrichen, gestreckt oder geschoben werden. „Wir betreiben nur noch Schadensbegrenzung“, klagt ein Bonner Heeresplaner.

Die Beamten streichen zunächst einmal alles, was noch nicht fest vereinbart ist – egal, ob es Sinn macht oder nicht. So soll die Entwicklung eines Tiefflugsimulators für das Kampfflugzeug Tornado gestoppt werden. Dabei hatten Gerhard Stoltenberg und seine Vorgänger immer wieder versprochen, Simulatoren einzusetzen, um den Lärmterror der Tiefflieger zu mindern.

Die „Kampfwertsteigerung“ altern der „Phantom“-Jäger wird zwar verwirklicht werden. Aber gleichzeitig geplante Veränderungen der Triebwerke sollen entfallen. Ein vertrauliches Hardthöhen-Dokument beschreibt die Konsequenzen: Bald sei ein „Flugsicherheitsrisiko“ zu erwarten.

Auch Lehren aus dem Golfkrieg werden nicht beherzigt. Die Bonner Militärs wollten von 1993 an drei der zukünftig sechs Tornado-Geschwader für die Aufklärung einsetzen, statt sie im Kriegsfall als Jagdbomber mit Atomwaffen zu verwenden. Doch nun fehlt das Geld für das nötige Gerät.

Ebenso ergeht es vermutlich einem neuen „Tarnkappen“-Aufklärungsflugzeug, das wegen seiner Kunststoffhülle auf herkömmlichen Radargeräten kaum zu entdecken ist. Aus einem neuen, milliardenteuren „Luftführungs- und Kontrollsystem“ (Nato-Kürzel:

ACCS) wollen die Hardthöhenplaner aussteigen – Waigel und Stoltenberg strichen die Entwicklungsgelder.

Für die betroffenen Firmen ist das schlimm. Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) glaubt zwar, daß die Unternehmen die Auftragsrückgänge durch die Umstellung auf zivile Produktion erfolgreich ausgleichen könnten. Das in der Waffentechnik erlernte Know-how, so das RWI, dürfte sich dabei als „nicht zu unterschätzender Startvorteil“ erweisen.

Aber das ist die Theorie, die Praxis sieht ganz anders aus. Kaum eine deutsche Rüstungsfirma hat es bisher geschafft, sich ganz von den Militäraufträgen zu befreien – zu groß waren die Schwierigkeiten der Umstellung, zu verlockend die Aussichten, mit Rüstungsaufträgen dicke Gewinne einzuhemsen.

Zu den wenigen Unternehmen, die den militärischen Anteil deutlich reduzieren konnten, gehört der Münchner Triebwerkshersteller MTU. Die Tochtergesellschaft der Deutschen Aerospace verringerte den Anteil der Militärtechnik innerhalb der letzten fünf Jahre von 85 Prozent auf weniger als die Hälfte.

Die bayerische Waffenfabrik Krauss-Maffei, Generalunternehmer für den Kampfpanzer Leopard 2, besann sich auf ihre Tradition. Das Unternehmen, vor dessen Tor eine alte Dampflok steht, drückte den Rüstungsanteil durch den Bau von ICE-Triebwagen und den Einstieg in neue Märkte. Die Panzerfirma fertigt jetzt auch Flugzeugschlepper, Zentrifugen und Spritzgußmaschinen.

Ein gutes Beispiel liefert auch die Mauser GmbH, eine Tochter der Nürnberger Rüstungsfirma Diehl. Aus der



haben sich geändert

einschlägig bekannten Fabrik kommen außer Bordkanonen für den Tornado Bearbeitungszentren und Transferstrahlen für die Automobilindustrie. Eine computerintegrierte Fertigungsstraße, auf der sich sowohl militärisches als auch ziviles Gerät herstellen lassen, ermöglicht den neuartigen Produktmix.

Solche Erfolge sind bisher selten. Den meisten Rüstungsunternehmen fällt es überaus schwer, auf zivile Produkte umzusteigen. „Aus einer Lenkwaffe“, klagt ein Ingenieur von MBB, „kann man nun mal keinen Feuerwerkskörper machen.“

Die Probleme der Münchner sind typisch für die Branche. Die Techniker von MBB entwickelten eine ganze Reihe von Produkten für den zivilen Markt. Doch keines der neuen Geschäftsfelder ist groß genug, um den Milliardenumsatz der Rüstungsgüter auszugleichen.

Kritiker halten den Waffenproduzenten immer wieder vor, daß es genügend neue Märkte gibt: im Umweltschutz, in der Energietechnik, in der Verkehrssteuerung oder bei der Entsorgung von Munition und Kriegsgüter. Doch sie übersehen oft, daß sich auf diesen Feldern viel zu viele Unternehmen tummeln, die Rüstungsbranche kommt da meist zu spät.

Den Managern in den Rüstungsunternehmen fehlt es gar nicht mal an Ideen. Doch sie sind es nicht gewohnt, möglichst kostengünstig zu produzieren und ihre Ware ideenreich zu verkaufen.

Ein Beispiel dafür lieferte ein „Entrepreneur“-Programm bei MBB. Von 70 neuen Produktideen, die von den Mitarbeitern entwickelt wurden, läßt sich wahrscheinlich nur eine realisieren. Alle anderen Vorschläge erwiesen sich als marktfern und nicht zu finanzieren.

Treuhand

Bissige Fragen

Mit Birgit Breuel steht der Treuhandanstalt eine Führungskraft vor, die dogmatisch redet und pragmatisch handelt.

Zu seiner Tochter Birgit fielen dem Hamburger Bankier Alwin Münchmeyer nach kurzem Nachdenken vier Worte ein: „Sie weiß sich durchzusetzen.“

Das hat Birgit Breuel, 53, oft und gern vorgeführt – mit Erfolg. Am vergangenen Wochenende erreichte die Bankierstochter den Höhepunkt ihrer Karriere: Nach der Ermordung Detlev Rohwedders soll sie die Treuhandan-

stalt leiten, sie entscheidet künftig über das Schicksal von fast 8000 ostdeutschen Betrieben. Das ist der wichtigste und schwierigste Job, der in der Bundesrepublik derzeit zu haben ist.

Ernsthafte Gegenkandidaten gab es nicht. Der Verwaltungsratsvorsitzende der Treuhand, Kaufhof-Chef Jens Odewald, hatte gleich erklärt, er stehe für den Job nicht zur Verfügung. Damit war der Weg frei für Birgit Breuel.

Odewald war es, der sich nachdrücklich für die Christdemokratin eingesetzt hatte, unterstützt von CDU-Größen in Politik und Wirtschaft. Vergebens sperrte sich Helmut Kohl, der die Besetzung des Postens als „Kanzlersache“ deklariert hatte, gegen die Hamburgerin.

Die Abneigung des Pfälzers hat sich Birgit Breuel in ihrer Zeit als Wirt-



Treuhand-Managerin Breuel Streiterin für die reine Marktwirtschaft

schafts- und Finanzministerin des einstigen Kohl-Rivalen Ernst Albrecht erworben. Doch der Kanzler fand keinen anderen Kandidaten, und die Stelle mußte schnell besetzt werden.

Schließlich sei, so lobt Otto Gellert vom Verwaltungsrat der Anstalt, Birgit Breuel „der beste Mann in der Treuhand“. Das Etikett „bester Mann“ haftet der Frau an, seit sie 1978 in die niedersächsische Regierung eintrat.

Acht Jahre zuvor war sie in die Hamburger Bürgerschaft gewählt worden, sie avancierte zur wirtschaftspolitischen Sprecherin ihrer Fraktion, doch die chronisch erfolglose Hamburger CDU konnte ihr wenig bieten. Zum Glück brauchte der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht eine Quotenfrau für sein Kabinett.

Als Wirtschaftsministerin und später als Finanzministerin war sie das einzige

Regierungsmitglied, das dem selbstherrlichen Landesvater zu widersprechen wagte. Kein Christdemokrat konnte die Opposition so schroff abbürsten wie die Bankierstochter. „Birgit Greuel“ hieß sie unter den Sozis, die Grünen bescheinigten ihr „unerträgliche Arroganz“.

Mit immensem Fleiß hat sie sich in ihre Fachgebiete eingearbeitet. Um sieben Uhr morgens saß die Wochenendmutter (drei Kinder) am Schreibtisch. Wenn sie abends um zehn ihr Ministerium verließ, besuchte sie zuweilen noch ein Polizeirevier oder eine Feuerwehrwache. Da war freilich immer jemand dabei, der mit Notizblock und Fotoapparat das unermüdliche Wirken der Ministerin für die Öffentlichkeit festhielt.

Schon in ihrer Hamburger Zeit hatte sie begriffen, daß Tüchtigkeit allein nicht weiterbringt, wenn niemand von ihr erfährt. In Hannover perfektionierte sie ihr Image als kompromißlose Verfechterin der Marktwirtschaft. Der Einfluß des Staates müsse auf wenige Kernbereiche zurückgestutzt werden, predigte sie unermüdlich in ihren Büchern, Aufsätzen und Vorträgen. Vor allem aber, so forderte sie unablässig, müßten Subventionen endlich gestrichen werden.

Nichts von dem, was sie öffentlich verkündete, hat Birgit Breuel umgesetzt. Sie plädierte für eine weitere Privatisierung des VW-Konzerns. Die Regierung verwarf dieses Vorhaben, und der Ministerin fiel es nicht schwer zu begründen, weshalb Niedersachsen weiterhin seinen 20-Prozent-Anteil an VW halten solle.

Im VW-Aufsichtsrat, es ging schließlich um niedersächsische Arbeitsplätze, setzte sie

mit durch, daß die Firma die Polo-Fertigung nicht nach Spanien verlagert. Sie beteiligte das Land Niedersachsen an der obskuren Firma German Oil, um die stillgelegte Mobil-Oil-Raffinerie in Wilhelmshaven zu retten.

Und immer wenn es politisch opportun schien, schüttete sie Subventionen für die Landesfirmen aus. Millionen gab es für die kranke Georgsmarienhütte in Osnabrück wie für den Technologiepark Nord, und selbstverständlich stellte sie auch niedersächsische Kartoffelbauern mit Subventionen ruhig.

Die Frau, die oft so schroff wirkt, gab sich immer höchst geschmeidig und pragmatisch. „Knochenhart“, sagt ein Breuel-Kenner, „ging sie in die Tarifverhandlungen des Öffentlichen Dienstes und war dann gleich auf der kompromißbereiten Seite.“